

DIE ZENTRALEN VER.DI-FORDERUNGEN



Eine gute Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge sowie der sozialen Sicherungssysteme und liegt in der Verantwortung des Staates.

Deshalb fordert ver.di

- die Sicherung der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung.
- die Schaffung von Rahmenbedingungen in Krankenhäusern sowie in der ambulanten und stationären Pflege, die qualitativ hochwertige Arbeit ermöglichen.
- eine attraktive und zeitgemäße Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen.
- die Qualität der Pflege in der stationären und ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen zu verbessern.



BÜRGERVERSICHERUNG UND PFLEGEVERSICHERUNG GEHÖREN ZUSAMMEN



ver.di fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung für die Pflege. Die Pflegeversicherung als Teilkostenversicherung stößt an ihre Grenzen. Versorgungs- und Qualitätsdefizite nehmen zu. Da nur ein Teil der Kosten solidarisch getragen wird, sind die finanziellen Belastungen für viele pflegebedürftige Menschen zu hoch. Etliche sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Überfällig sind einheitliche Standards in der Versorgung, die Beratung zu passenden Angeboten ist nicht ausreichend. Pflegebedürftige Menschen, ihre Angehörigen sowie die Beschäftigten bekommen die Defizite der heutigen Pflegeversicherung täglich zu spüren.



Für ver.di ist eine Pflegevollversicherung – die das Pflegerisiko voll absichert – das Modell für die Zukunft. In Kombination mit der Pflege-Bürgerversicherung können die dafür nötigen Einnahmen gesichert werden.



Foto: Armin Thomaß



WÄHLEN GEHEN

Am 24. September ist Bundestagswahl. Für eine solidarische Bürgerversicherung **gehe ich wählen.**



MEHR INFOS

www.gesundheitspolitik.verdi.de



V.i.S.d.P.: ver.di Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Sylvia Bühler
Bearbeitung: Grit Genster, Dr. Margret Steffen; Gestaltung: werkzwei Detmold, W-3387-03-0717
Foto: Cecillie Arcurs, iStock

BÜRGERVERSICHERUNG



Bundestagswahl 2017

ENTSCHEIDE MIT

Geh zur Bundestagswahl. Wir brauchen im Deutschen Bundestag Mehrheiten für eine soziale Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir brauchen Abgeordnete, die die Gesundheitsversorgung als Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge verstehen und sich dafür einsetzen.

Foto: Armin Thomaß



Am Ende geht's immer
ums Anfangen ...

www.mitgliedwerden.verdi.de

ver.di

www.gesundheitspolitik.verdi.de

Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen

ver.di

DU HAST DIE WAHL DEINE STIMME FÜR DIE RÜCKKEHR ZUR PARITÄT UND FÜR DIE BÜRGERVERSICHERUNG

DEINE STIMME FÜR DIE BÜRGERVERSICHERUNG



Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein bezahlen. Die Arbeitgeber sind fein raus. Denn die Regierung hat die paritätische Finanzierung aufgegeben, bei der Beschäftigte und Arbeitgeber die gesetzliche Krankenversicherung zu gleichen Teilen finanzieren. Diese und weitere Fehlentscheidungen haben die gesetzliche Krankenversicherung in eine Schieflage gebracht. Um die Versorgung nachhaltig zu verbessern, die Solidarität im Gesundheitswesen zu stärken und das System gerechter zu finanzieren, ist eine grundlegende Reform dringend nötig.

➔ **ver.di will eine gerecht und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung. Der Weg dahin ist eine solidarische Bürgerversicherung.**

Bei der Bundestagswahl am 24. September entscheidest du mit, ob die Bürgerversicherung endlich auf den Weg gebracht werden kann. Das ist wichtig für den Erhalt einer guten Gesundheitsversorgung, guter Arbeitsbedingungen und zukunftsfester Arbeitsplätze im Gesundheitswesen. **Darum: Deine Stimme für die Bürgerversicherung!**



KRANKENVERSICHERUNG GERECHT FINANZIEREN



Es ist ungerecht, dass Arbeitseinkommen und Renten der Beitragspflicht unterliegen, andere Einkünfte wie Kapitalerträge und Mieten aber nicht. Die Beitragsbemessungsgrenze ist in der Krankenversicherung deutlich niedriger als in der Rentenversicherung. Wir wollen, dass die Beiträge wie in der Rentenversicherung berechnet werden. Selbstständige mit niedrigen Einkommen können ihre relativ hohen Krankenversicherungsbeiträge nicht bezahlen. Bislang werden Versicherte abhängig von Einkommen und Status einem Versicherungssystem zugordnet. Beamtinnen und Beamte haben prinzipiell keinen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Deutschlands duale Krankenversicherung ist in Europa einmalig. Seit vielen Jahren wird diskutiert, ob das Nebeneinander von zwei getrennten Versicherungssystemen – gesetzlich und privat – für die Gesundheitsversorgung sinnvoll ist. Die unterschiedliche Vergütung für die ärztliche Behandlung von Kassen- und Privatpatient/innen in der ambulanten Versorgung setzt falsche Anreize. Sie führt dazu, dass gesetzlich Versicherte oft lange auf einen Facharzttermin warten. Bei Privatpatient/innen besteht die Gefahr der Überversorgung – in Diagnostik und Therapie wird mitunter zu viel gemacht. Gesetzliche Krankenkassen müssen jede und jeden aufnehmen. In der privaten Krankenversicherung hängt der Zugang hingegen von Einkommenshöhe oder Status (Selbstständige, Beamt/innen) ab.

➔ **ver.di will die Bürgerversicherung. Dazu ist ein geregeltes Nebeneinander von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung auf der Basis gleicher gesetzlicher Vorschriften und Versicherungsbedingungen notwendig. Nur so kann eine verlässliche Versorgung auf hohem Niveau garantiert werden.**

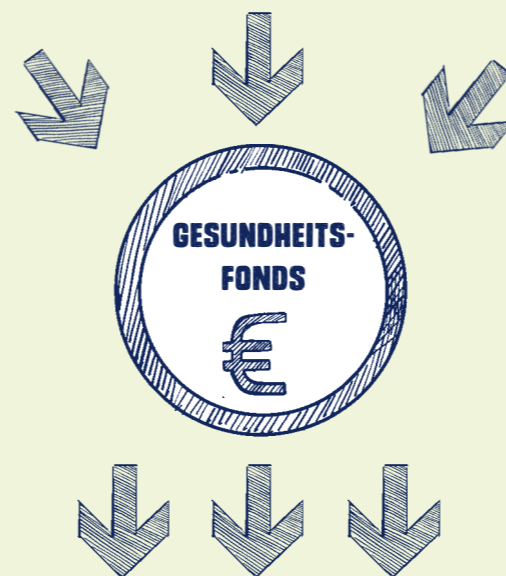
ZURÜCK ZUR PARITÄTISCHEN FINANZIERUNG



Die Regierung hat den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung 2011 bei 7,3 Prozent eingefroren. Dadurch wird der wachsende Versorgungsbedarf allein von den Versicherten bezahlt. Wegen Innovationen und notwendiger Strukturverbesserungen im Gesundheitswesen rechnet ver.di bis 2020 mit einer Erhöhung des Zusatzbeitrages um über zwei Prozentpunkte. Der Ausstieg aus der paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung bedeutet einen schwerwiegenden Eingriff in das Solidarsystem unseres Sozialstaates. Dieser muss rückgängig gemacht werden.

➔ **ver.di will die Rückkehr zur Parität, dass Versicherte und Arbeitgeber die Krankenkassen zu gleichen Teilen finanzieren.**

ARBEITNEHMER ARBEITGEBER STEUERN



KRANKENKASSEN

DEUTSCHLAND BRAUCHT DIE BÜRGERVERSICHERUNG



Statt notwendige Ausgaben zu begrenzen und Versicherten Zusatzbeiträge abzuverlangen, fordert ver.di die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung.

Dabei gilt es:

- die paritätische Finanzierung durch Beschäftigte und Arbeitgeber kurzfristig wiederherzustellen.
- die Einnahmehöhe der gesetzlichen Krankenversicherung und Pflegeversicherung zu verbreitern. Dafür müssen Mini- und Teilzeitjobs reduziert und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden.
- alle ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend an den Kosten für Gesundheit und Pflege zu beteiligen. Deshalb ist die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben und die Bemessungsgrundlage um weitere Einkommensarten wie Kapitalerträge zu erweitern.
- die Versicherungspflicht auf Selbstständige auszudehnen, Beamtinnen und Beamten ist ein Wahlrecht einzuräumen.

Mit den so entstehenden Mehreinnahmen können die Beiträge stabil gehalten und die Qualität der Versorgung gestärkt werden. So schafft die solidarische Bürgerversicherung auch den notwendigen finanziellen Spielraum, um gute Arbeit in allen Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung zu ermöglichen. Die Würde von kranken, pflege- und hilfebedürftigen Menschen verlangt, dass das Gesundheitswesen für alle bedarfsgerecht und zugänglich ist und für jeden bezahlbar bleibt. Eine Reform des Krankenversicherungssystems muß von Anfang an auch die Folgen für die Beschäftigten berücksichtigen. Alle Veränderungen sind so zu gestalten, dass sie nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen, sondern zukunftsfeste Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

➔ **ver.di will ein verlässliches und solidarisches Gesundheitssystem. Das wird durch eine Bürgerversicherung erreicht, die alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Einkommen einbezieht und dafür sorgt, dass gerade Menschen mit höheren Einkommen ihren Beitrag für eine solidarische Gesundheitsversorgung leisten.**

Foto: Arnim Thomaß

